

Resolution zur Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeut:innen

-Verabschiedet auf der 79. Delegiertenversammlung am 13.11.2021-

Die fehlende ausreichende Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeut:innen gefährdet zukünftig die ambulante und stationäre psychotherapeutische Versorgung. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, jetzt die gesetzlichen Grundlagen für die zwingend erforderliche Finanzierung der Weiterbildung für Psychotherapeut*innen zu schaffen!

Mit der Reform des Psychotherapeutengesetzes 2019 hat der Gesetzgeber zwar geeignete Strukturen für die Aus- und Weiterbildung von Psychotherapeut:innen geschaffen. Es wurde jedoch versäumt, die Finanzierung ausreichend zu regeln.

Die Unterfinanzierung betrifft auch die angestellten Psychotherapeut:innen in Weiterbildung (PTW) in den Weiterbildungsstätten, die die fachliche Qualität gewährleisten: In den Weiterbildungsstätten müssen die Kosten für die Gehälter dieser Psychotherapeut:innen erwirtschaftet werden können, damit es möglich ist, diese auszuzahlen.

Hier findet die fachliche Anleitung statt, auch unter Beachtung der verfahrensspezifischen Besonderheiten beim Umfang von Supervision und Selbsterfahrung.

Es ist zu befürchten, dass sich nicht nur Institute und zukünftige Weiterbildungsstätten, sondern auch gesetzlich für die Weiterbildung verpflichtend vorgeschriebene stationäre Einrichtungen, wie Kliniken und Praxen aus der zukünftigen Weiterbildung zurückziehen oder diese aufgrund fehlender finanzieller Voraussetzungen gar nicht erst anbieten werden. **Dies würde die Qualität der Weiterbildung, die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Weiterbildungsplätzen und damit letztlich die zukünftige psychotherapeutische Versorgung insgesamt gefährden.** Menschen mit psychischen Leiden brauchen auch in Zukunft eine qualifizierte und zeitnah angebotene Versorgung.

Eine ausreichende Finanzierung der Weiterbildung sichert die Qualität der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland, die verstanden werden muss als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die Politik stellen muss.